

Für eine demokratische Europäische Union

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union am 30. Juni 2019 in Stuttgart

Wir stehen dazu: Nicht in Brüsseler Hinterzimmern, sondern an der Wahlurne muss über die EU-Spitzen entschieden werden. In demokratischen, transparenten und transnationalen Prozessen haben die europäischen Parteienfamilien ihre Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten gewählt und die Spitzenkandidatur als Voraussetzung für das Amt des Kommissionspräsidenten festgelegt. Der Europawahlkampf wurde von allen Parteienfamilien mit der klaren Botschaft geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Wahlentscheidung auch über den nächsten Präsidenten der EU-Kommission entscheiden. Die EVP-Fraktion ist als deutlich stärkste Kraft aus der Europawahl hervorgegangen. Ihr Spitzenkandidat Manfred Weber ist damit der demokratisch legitimierte Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission. Der Europäische Rat, ebenso wie alle demokratischen Fraktionen des Europaparlaments, sind gefordert, einen demokratischen Rückschritt in die Zeit vor 2014 mit aller Kraft zu verhindern.

Die Junge Union Deutschlands fordert deshalb:

1. den Europäischen Rat dazu auf, die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger zu respektieren und Manfred Weber als nächsten Kommissionspräsidenten vorzuschlagen.
2. die Bundesregierung, die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie die Parteivorstände von CDU und CSU dazu auf, keinen anderslautenden, das Spitzenkandidatenprinzip und das Wählervotum missachtenden, Vorschlag des Europäischen Rates mitzutragen.
3. alle europäischen Parteienfamilien und Fraktionen des Europäischen Parlaments dazu auf, am Spitzenkandidatenprinzip festzuhalten und sich gegenüber dem Europäischen Rat geschlossen hinter Manfred Weber als demokratisch legitimen Kandidaten der stärksten Fraktion zu versammeln.
4. alle Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, sich die Hinterzimmerpolitik der Staats- und Regierungschefs nicht bieten zu lassen und einen, das Spitzenkandidatenprinzip missachtenden, Vorschlag des Europäischen Rates abzulehnen.

Um die demokratische Legitimation des Europäischen Kommissionspräsidenten, unabhängig von der jeweiligen Zusammensetzung des Europäischen Rats und national motivierten Erwägungen einzelner Staats- und Regierungschefs sicherzustellen, fordern wir

5. die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu auf, das Spitzenkandidatenprinzip festzuschreiben und dem EU-Parlament im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union die Kompetenz einzuräumen, den Kommissionspräsidenten demokratisch und unabhängig vom Vorschlag des Europäischen Rats zu wählen.